



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz

Nachhaltigi Energielösigä



dä nächstä
Generationä z'liäb!

 Elektrizitätswerk
des Bezirks Schwyz

Riedstrasse 17 | 6430 Schwyz
T 041 819 69 11
E info@ebs-strom.ch
www.ebs-strom.ch

Ein Unternehmen der EBS-Gruppe

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident

Andreas Kümin AG
Mc PaperLand
Mühlenerstrasse
8856 Tuggen
Tel. 041 465 66 66
Fax 041 465 66 67
andreas.kuemin@mcpaperland.ch
www.mcpaperland.ch

H+I-Geschäftsführer

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Schützenstrasse 2
Postfach 618
6431 Schwyz
Tel 041 820 34 44
Fax 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Partner für alle Finanzfragen

Schwyzner Kantonalbank
Bahnhofstrasse 3
Postfach 263
0431 Schwyz
Tel. 058 800 20 20
kundenzentrum@szkb.ch
www.szkb.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druckl media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Inhaltsverzeichnis

SZ

Wirtschaftsmeldungen 4–7

Firmenhinweis

Elektrizitätswerk des Bezirkes Einsiedeln 8

Aktuell

Die Schweiz vor wichtigen Weichen-
stellungen in der Europa-, Steuer- und
Infrastrukturpolitik 9

Themen

Lohnleichheit: Glauben Sie nicht,
dass Sie sich nichts vorzuwerfen haben 10

Die leicht eingetrübte Konsumenten-
stimmung setzt sich fort 11

Administrative Entlastung: KMU-Forum sieht
zusätzlichen Handlungsbedarf 12

Private Initiative für einen
effizienten Güterverkehr 13

Index 14

Kommentar

Abschied 15

Keine Erhöhung der Vermögenssteuern und keine Reduktion des Besitzdauerabzuges bei der Grundstückgewinnsteuer



RA Roman Weber,
Geschäftsführer H+I
Kanton Schwyz

Liebe Leserinnen
Liebe Leser

In der Diskussion um die Sanierung des Kantonshaushaltes wird heftig darüber gestritten, ob das Problem mit der Einführung einer «Flat Rate Tax» oder über die Variante «Tarifkurve und NFA-Beteiligung» gelöst werden kann und soll.

Dabei geht unter, dass 1/3 der geplanten Mehreinnahmen, nämlich ca. 60 Mio. Franken, über eine erneute Erhöhung der Vermögenssteuer und über eine weitere Reduktion des Besitzdauerabzuges bei der Grundstückgewinnsteuer generiert werden sollen. Das ist weder gerecht, noch zeitgemäss, noch sinnvoll und kann zumindest im Einzelfall unrechtmässig sein.

Die Vermögenssteuer als solche widerspricht bereits den modernen Grundsätzen der effizienten Steuererhebung. Zudem wird diese Steuer im Ausland kaum erho-

ben, was klar als Standortnachteil bezeichnet werden muss.

Weiter werfen die steuerbaren Vermögen – insbesondere Vermögen in Form von nicht rentablen Immobilien, wie Baulandparzellen oder Guthaben bei Banken – oft keine Erträge ab, mit denen die auf dem Vermögen erhobenen Steuern bezahlt werden können. Damit reduziert sich durch die zu bezahlende Steuer das jeweils besteuerte Vermögen, was bedeutet, dass es sich um eine vom Bundesgericht als verfassungswidrig erkannte konfiskatorische Besteuerung handelt. Mit einer Erhöhung der Vermögenssteuer wird diese konfiskatorische Besteuerung noch einmal verstärkt.

Die konkret vorgelegte Vermögenssteuererhöhung um 50% ab einem steuerbaren Vermögen von CHF 500 000.00 trifft zudem insbesondere ältere Hauseigentümer, welche über Jahre die Hypothekarschulden ihres Eigenheims bei den Banken abbezahlt haben, um im Alter mit dem Renteneinkommen möglichst geringe Wohnkosten tragen zu müssen. Da der Kanton Schwyz schweizweit die höchsten Verkehrswerte bei Liegenschaften veranlagt, weisen diese schnell einen steuerbaren Vermögenswert von über CHF 500 000.00 aus. Das bedeutet, dass durch die geplante Steuererhöhung gerade bei älteren Hauseigentümern mit unbelasteten Eigenheimen die erhöhten Vermögenssteuern nicht mehr mit dem Renteneinkommen bezahlt werden können. Zur Bezahlung der Steuern sind diese

Hauseigentümer gezwungen, sich durch die Aufnahme einer Hypothek oder anderswie zu verschulden, was so inakzeptabel ist. Auch aus diesem Grund ist auf eine Vermögenssteuererhöhung zu verzichten.

Die Reduktion des Besitzdauerabzuges bei der Grundstückgewinnsteuer bewirkt – insbesondere bei langer Besitzdauer – eine Erhöhung der Steuerlast um 50%. Diese durch die Reduktion des Besitzdauerabzuges erhöhten Steuern verteuern den Wohnraum (welcher sich nicht zuletzt durch die nachhaltige Tiefzinspolitik in den letzten Jahren bereits massiv verteuert hat) noch einmal zusätzlich. Dies ist insbesondere aufgrund der ebenfalls anstehenden Erhöhung der Einkommenssteuer so nicht gerechtfertigt. Eine weitere Vertauung des Wohnraumes zusammen mit der Erhöhung der Steuern in verschiedenen Bereichen macht den Kanton Schwyz für Zuzüger zunehmend unattraktiv. Auch werden örtlich flexible Bewohner des Kantons Schwyz eine Gesamtrechnung machen und eingehend prüfen, ob es sich noch lohnt, im Kanton Schwyz wohnen zu bleiben.

Der Kanton Schwyz muss, sowohl was die Steuerbelastung als auch was die Wohnkosten anbelangt, attraktiv bleiben, weshalb Steuererhöhungen, die den Wohnraum verteuern, klar abzulehnen sind.

RA Roman Weber, Geschäftsführer H+I Kanton Schwyz

Es herrscht Lehrlingsmangel

Das Amt für Berufsbildung und das Amt für Berufs- und Studienberatung organisierten am 17. Februar zum sechsten Mal den Lehrstellenmarkt in der zentral gelegenen Mittelpunktschulanlage Rothenthurm. Auf der Fläche eines Tisches konnten sich Betriebe mit noch freien Lehrstellen präsentieren, und umgekehrt konnten Lehrlinge auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz fündig werden. Die Messe ist ein Gradmesser für den Lehrstellenmarkt. Diesbezüglich hat der Wind in den letzten Jahren markant gedreht, wie Edith Schönbächler, Vorsteherin des Amts für Berufs- und Studienberatung, feststellte: «Bis vor fünf Jahren war es schwierig, eine Lehrstelle zu finden. Jetzt hat es zu viele Ausbildungsplätze.» Sie schätzt, dass derzeit noch etwa 100 Jugendliche eine Lehrstelle suchen. Nicht inbegriffen sind darin jene, die bereits in Verhandlungen, aber noch nicht dem Amt für Berufsbildung gemeldet sind. Benno Kälin, Leiter Grundausbildung beim Amt für Berufsbildung, hatte Vergleichszahlen, die diesen Trend belegen. Ende Januar hatte er 567 Lehrverträge unterschrieben, 33 mehr als im Vorjahr. Zum gleichen Zeitpunkt gab es 594 offene Lehrstellen, 79 mehr als 2015. In der MPS Rothenthurm boten 33 Betriebe offene Lehrstellen an. 170 Jugendliche der 3. Oberstufe oder aus dem Brückenangebot (10. Schuljahr) waren noch auf der Suche nach einer passenden Lehrstelle.

Tourismus ist wichtigster Wirtschaftszweig

Der Tourismus hat im Kanton Schwyz eine grosse Bedeutung. Das Problem sei, dass dies vielen Leuten auch aus der Politik viel zu wenig bewusst ist, sagen die Schwyzer Tourismusverantwortlichen. «Wir wollen deshalb mit gezielten Aktionen und regelmässigen Veranstaltungen auf diese Bedeutung hinweisen und das Verständnis für unsere Anliegen wecken», sagt Franz-Xaver Strüby, Präsident von Schwyz Tourismus. Hintergrund: Derzeit erarbeitet der Verband einen Masterplan für die Zukunft des Schwyzer Tourismus. Mit von der Partie ist auch die parlamentarische Arbeitsgruppe Tourismus, die seit rund einem Jahr besteht, bis jetzt öffentlich aber nicht in Erscheinung trat. Damit soll gezielte politische Arbeit geleistet werden, indem der Verband die Tourismuspolitik im Kanton aktiv mitgestaltet. Zudem wollen sich die Schwyzer Tourismusverantwortlichen mit den Gemeinden, den Bezirken und mit dem Kanton stärker vernetzen. Wie wichtig der Tourismus im Kanton ist, zeigen

Zahlen aus einer Studie der Universität Luzern. Er ist der wichtigste Wirtschaftszweig im Kanton Schwyz. 2013 wurden 5672 Vollzeitstellen angeboten. Das waren 8,4 Prozent der Gesamtbeschäftigung. Dazu kommen zahlreiche Lehrbetriebe und Ausbildungsmöglichkeiten für Schulabgänger. 2013 machten 127 Jugendliche in einem der Schwyzer Tourismusbetriebe ihre Lehre. Der touristische Umsatz belief sich 2013 auf 311 Millionen Franken. 141,3 Millionen davon wurden von Tagestouristen ausgelöst, weitere 169,9 Millionen Franken konnten durch Übernachtungsgäste generiert werden. Noch nicht hinzugezählt sind darin die Ausgaben für Ferienwohnungen, Shopping, Gesundheit und anderes. Gemäss der Studie belaufen sich die Gesamtausgaben auf 360 Millionen Franken.

Mehr Einsiedler Biere verkauft

Der Bierkonsum in der Schweiz stagniert. Einsiedler Bier jedoch wird immer mehr getrunken. Die Brauerei Rosengarten AG Einsiedeln konnte ihren Bierumsatz 2015 gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich um drei Prozent steigern. Die einzige mittelgrosse Brauerei im Kanton Schwyz hat erstmals in ihrer Firmengeschichte deutlich über zwei Millionen Liter Bier abgesetzt.

«Verantwortlich für die guten Verkaufszahlen ist einerseits das warme, sonnige und durstige Wetter im Sommer und andererseits viele Neukunden, die das Einsiedler Lagerbier sehr schätzen», schreibt Braumeister Alois Gmür in einer Medienmitteilung. Auch die beliebten Spezialitäten wie Maisgold, Dinkelbier, das naturtrübe Bio-Alpenbier, der Schwyzer Bock und das Einsiedler Weizen hätten einen ungebrochen guten Absatz. Zudem profitiere die Brauerei Rosengarten vom Trend, dass auf dem Schweizer Absatzmarkt die regionalen Biere immer beliebter würden, denn der Konsument schätze Produkte aus der Region, die sich wohltuend von der Masse abhoben.

Schwyz Kantonalbank näher bei den Grossbanken

Die Schwyzer Kantonalbank hat fast gleich viel verdient wie im Vorjahr und kann dem Kanton 45 Millionen Franken überweisen. Trotz garstigem Klima überstand die Schwyzer Kantonalbank zusammen mit der Schwyzer Wirtschaft das herausfordernde Jahr 2015 sehr gut. Auch wenn es 2016 nochmals etwas härter werden könnte, die Schwyzer KMU-Betriebe sind gut aufgestellt und können mit Zuversicht ins 2016 starten. Die

Kantonalbank plant auch für 2016 nicht Negativzinsen einzuführen, weder für Gelder von Privatkunden noch für KMU. Insgesamt hat die Schwyzer Kantonalbank 2015 fast gleich viel verdient wie im Vorjahr: Der Jahresgewinn nahm um 0,1 Prozent auf 73,6 Millionen Franken zu. Das operative Ergebnis, der Geschäftserfolg, sank gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Prozent auf 112,1 Millionen Franken. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft stieg gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Geschäftsvolumenzunahme um 2,7 Prozent auf 181,2 Millionen Franken, wie die Bank mitteilt. Neu gehört die Bank nun der Finma-Aufsichtskategorie 3 an und ist damit ein Stück näher an die ganz grossen Banken gerückt. Die Bilanzsumme wuchs per Ende 2015 um 9,6 Prozent auf rund 16,2 Milliarden Franken. Die Kundenausleihungen erhöhten sich um 5,3 Prozent auf 12,95 Milliarden Franken. Der Zufluss bei den Kundengeldern stieg um 3,2 Prozent auf 10,9 Milliarden Franken. Inklusiv Jahresgewinn betrug das Eigenkapital der SZKB am Ende des vergangenen Jahres 1,6 Milliarden Franken. Mit einer Eigenkapital-risikogewichteten Kapitalquote von 20,9 Prozent gehöre die SZKB diesbezüglich weltweit zu den Besten, so SZKB-Geschäftsführer Peter Hilfiker an der Bilanzmedienkonferenz. Im zurückliegenden Jubiläumsjahr konnte die Bank über 7000 neue Kunden gewinnen.

Sparkasse Schwyz mit höherem Gewinn

Die Sparkasse Schwyz schaut auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Die Schwyzer Regionalbank konnte den Jahresgewinn um 2,8 Millionen Franken oder 3,3 Prozent erhöhen und das trotz schwierigen Zinsumfeld. Die Geschäftsleitung beantragt der Generalversammlung vom 13. Mai, wiederum eine Dividende von 15 Prozent des Nennwertes auszubehalten. Für das gute 2015 sind mehrere Gründe verantwortlich: Beim Zinsgeschäft, dem Hauptpfeiler der Bank, konnte eine Zunahme auf 17,9 Millionen Franken (plus 3,1 Prozent) registriert werden. Die Kundenausleihungen verzeichneten eine Abnahme von 3,4 Prozent auf 1,4 Milliarden Franken. Gleichzeitig nahmen die Kundengelder um 0,2 Prozent auf 1,3 Milliarden Franken ab. Deutlich über dem Vorjahr fällt dagegen das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft aus, das Handelsgeschäft (Devisen) wuchs um nicht weniger als 50 Prozent. Das ist aber ein einmaliges Ereignis. Zu Genugtuung Anlass gibt die Entwicklung bei den Kosten. Personal- wie Sachaufwand konnten um 1,1 respektive 2 Prozent reduziert werden. Grund sind

zum Teil die Synergien, die nach der Integration der Sparkasse Engelberg zu wirken beginnen. Die Bank reduzierte den Personalbestand (nicht ersetzte Pensionierungen) um 1,4 Stellen.

Bank Linth zahlt 3,8 Mio. an die Amerikaner

Die Bank Linth schliesst das Geschäftsjahr 2015 mit einem erfreulichen Ergebnis ab. Dank der Nähe zum Kunden hat man viel Vertrauen in der Bevölkerung. Der Jahresgewinn beträgt 20,5 Mio. Franken, 0,5 Mio. Franken mehr als im Vorjahr. Die Kundenausleihungen lagen bei 5380 Mio. (+ 3,2 Prozent). Der Umfang der Hypothekarforderungen stieg auf 5111 Mio. Franken (+ 3,3 Prozent). Damit wurde die 5-Mrd.-Grenze erstmals geknackt. Die Kundengelder steigen um 280 Mio. auf 4220 Mio. Franken an (+ 7,1 Prozent). Der Netto-Neugeldzufluss belief sich auf 348 Mio. Franken. Das Total der verwalteten Vermögen erreichte 6481 Mio. Franken, was einer Zunahme von 3,4 Prozent entspricht. Die Bilanzsumme stieg um 427 Mio. auf 6292 Mio. Franken (+ 7,3 Prozent). Im Geschäftsaufwand enthalten ist eine ausserordentliche Zahlung an das amerikanische Justizministerium von 3,8 Mio. Franken nach Beilegung des Steuerstreits. Davon konnten 2 Mio. Franken durch Rückstellungen gedeckt werden. An der Generalversammlung vom 20. April wird der Verwaltungsrat eine unveränderte Dividende von acht Franken pro Namenaktie beantragen. Hauptaktionär ist die Liechtensteinische Landesbank LLB. An der GV tritt Georges Knobel aus Altendorf als Verwaltungsratspräsident zurück. Er erreicht das Pensionsalter. Seine Nachfolge soll Ralph Peter Siegl antreten. Er ist seit 2013 im Verwaltungsrat.

Endgültiges Aus für Ruag Brunnen

Die Verhandlungen der Schwyzer Politik können die Ruag-Arbeitsplätze in Brunnen nicht retten. Spätestens Mitte 2017 ist die Firma weg. Das steht nun definitiv fest. Vor einem Jahr informierte der Rüstungskonzern Ruag, dass das Unternehmen in Brunnen geschlossen wird. Rund 100 hochqualifizierte Stellen gehen damit in der Region verloren. «Wir haben zweimal mit dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung und Bundesrat Ueli Maurer reden können. Doch genützt hat es am Schluss nichts», sagt der Ingenbohler Gemeindepräsident Albert Auf der Maur.

Der Entscheid sei «aufgrund der verstärkten Internationalisierung sowie des zunehmenden Wettbewerbsdruck gefallen», erklärt dazu Markus Zoller,

CEO Division Defence und damit oberster Zuständiger für die Ruag Brunnen in der Berner Zentrale. Damit habe der Industriestandort Schweiz gestärkt werden können, was die Ruag «als unsere Verantwortung» erachtet. «Die Schliessung wird nicht verstanden, da alle Sparten am Standort Brunnen rentabel betrieben werden können und dies alles in einem optimalen Umfeld», sagt Hans Muff, langjähriger Personalchef und Standortleiter Ruag Brunnen dem «Boten der Urschweiz». Die Anlagen seien topmodern, die Infrastruktur auf neuestem Stand. Bis heute haben zehn Mitarbeitende gekündigt. Die Lehrlinge können ihre Lehre in Emmen fortsetzen, und auch die anderen Stellen bleiben erhalten. Weil bis auf ganz wenige Mitarbeiter alle ein neues, gleichwertiges Stellenangebot bekommen, wird es auch keinen Sozialplan geben.

Eurotax hat neuen Geschäftsführer

Der 50-jährige Eric Sagarra übernimmt als neuer Country Manager mit sofortiger Wirkung die Position des Länderchefs von Eurotax in der Schweiz mit Sitz in Freienbach und als zweiter Senior Manager auch die Geschäftsführung. Heiko Haasler, seit 2012 Managing Director von Eurotax Schweiz und seit 2015 Group Managing Director für die Dach-Region, wird weiterhin aktiv in der Schweiz tätig bleiben, gibt aber grosse Teile des Tagesgeschäfts an Eric Sagarra ab. Die Stärkung des lokalen Managements ermöglicht es Heiko Haasler, sich auf die Umsetzung der regionalen Strategie, insbesondere die Generierung von Synergien sowie auf gemeinsame Innovationen mit den Schwesterfirmen Schwacke in Deutschland und Eurotax in Österreich zu konzentrieren. Mit Sagarra konnte Eurotax Schweiz eine erfahrene Führungskraft aus den eigenen Reihen für die neue Position gewinnen. Der studierte Wirtschaftsinformatiker, der über langjährige Erfahrungen im Automobilhandel verfügt, ist seit mehr als 20 Jahren für Eurotax Schweiz tätig. Zuletzt hatte er die Position als Regional Product Director bei Eurotax Schweiz und Eurotax Österreich inne. Passend zur Neuorganisation bezieht Eurotax Schweiz per Ende Februar einen neuen Geschäftssitz an der Churerstrasse 158 in Pfäffikon.

Grosse Gewerbefläche in Altendorf wechselt Besitzer

Die Gewerbefläche der ehemaligen Druckfarbenfabrik Stehlin + Hostag in Altendorf ist von der Thurgauer Unternehmerfamilie Eberhard käuflich

erworben worden. Die Liegenschaft umfasst 16 000 Quadratmeter und erlaubt eine hohe Ausnützung. Sie ist der Wohn- und Gewerbezone zugeteilt und erlaubt Gebäude bis zu einer Höhe von 18 Metern. Die neuen Eigentümer planen eine gemischte Wohn- und Gewerbeüberbauung, für die bereits das Architekturbüro Marty, Schwyz/Altendorf beauftragt worden ist. Der Verkauf des Areals mit etlichen weitläufigen Gebäuden ging im Oktober über die Bühne. Das 60jährige Altendörfler Unternehmen hatte im Mai 2013 vorerst 60 der 150 Stellen abgebaut. Dies erfolgte im Rahmen einer Umstrukturierung des Mutterhauses, der Hubergroup mit Sitz in München. Auf Ende 2015 wurde der Betrieb stillgelegt. Begründet wurde dieser Entscheid mit der europaweiten Krise der Druckindustrie.

Führungswechsel bei der Pietravest AG

Nach 44 Jahren Selbständigkeit in der Natursteinbranche ist Bernhard Züger per Ende 2015 in den Ruhestand getreten. Er gründete 1995 die Pietravest AG in Buttikon, die heute knapp 30 Fachleute beschäftigt und zu den führenden Natursteinanbietern der Region gehört. Per 1. Januar übernahmen seine Tochter Carmen und mit Thomas Merlo und Michel Müller zwei erfahrene Mitarbeiter die Firmenleitung. Damit kann ein reibungsloser Übergang zur jüngeren Generation gewährleistet werden. Für die Kunden ändert sich nichts, Bernhard Züger bleibt der Firma beratend im Hintergrund zur Verfügung.

Schmidlin AG plant Erweiterungsbau in Oberarth

Die Wilhelm Schmidlin AG in Oberarth ist national und international für ihre Stahlbadewannen bekannt. In den letzten Jahren wurde die Produktpalette erweitert. Dazu kommt, dass vom Markt zunehmend eine flexible Produktion verlangt wird. Beides erfordert neue Abläufe und mehr Platz. Deshalb will die Wilhelm Schmidlin AG das bestehende Fabrikareal in den nächsten Jahren in drei Etappen erweitern und modernisieren. Das Unternehmen hält am Standort Oberarth fest. Die Wilhelm Schmidlin AG hat in den letzten Jahren stark investiert. Der jetzt geplante Neu- und Erweiterungsbau ist der letzte Schritt dieses Prozesses. Die Oberarther Badzimmer-Spezialisten sind mit 80 Vollzeitstellen einer der grössten Arbeitgeber und Steuerzahler in der Gemeinde Arth. In den letzten sieben Jahren wurde der Stellenetat um 20 Arbeitsplätze erhöht.

Die EWS AG feiert ihr 120-jähriges Bestehen

Die Gesamtleistung der Elektrizitätswerk Schwyz AG (EWS) liegt über die letzten Jahre konstant bei rund 60 Mio. Franken. Schwerpunkt bildet das Stromgeschäft. Rund ein Viertel erzielt die Firma mit dem Installationsgeschäft. Der Stromabsatz lag 2015 mit 252 Mio. kWh leicht unter dem Vorjahreswert (0,4 Prozent). Das Betriebsergebnis stieg markant an und beträgt 2,9 Mio. Franken. Verwaltungsratspräsidentin Esther Denzler kam an der Generalversammlung auf den Strompreiszerfall zu sprechen, der die Stromproduzenten vor eine grosse Herausforderung stelle. Der Grosshandelspreis pro Kilowattstunde lag 2008 noch bei 11,9 Rappen. Mittlerweise liegt er unter 4 Rappen. Während der Preis sinke, stiegen die Kosten für die Abwicklung von Stromgeschäften und für die Produktion kontinuierlich an. Der Konsument sei der Gewinner dieser Entwicklung. Er sei mittlerweile nicht mehr nur Bezüger von Strom, sondern könne aktiv an der Energiewende mitwirken oder gar selber Strom produzieren. In den nächsten fünf Jahren investiert die EWS AG auf der Rigi in die Infrastruktur rund 10 Mio. Franken, um die Versorgungsqualität auf dem aktuellen Niveau zu halten. Zudem verlegt das EWS seinen Hauptsitz von Schwyz in einen Neubau in Ibach. Schon im Dezember 2015 hat das Werk seine beiden Geschäftshäuser an der Strehlgasse in Schwyz an die CSA Real Estate Switzerland Residential, eine Anlagegruppe der Credit Suisse Anlagestiftung, verkauft. Ende dieses Jahres wird der Elektroshop an der Strehlgasse ersatzlos geschlossen.

Rekord an der elften Schwyzer Tischmesse

Die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch die Tischmesse in Schwyz. In seiner Eröffnungsrede kam Kurt Zibung auf diesen Wandel zu sprechen: «Die Tischmesse ist mit jener von 2005 nicht mehr vergleichbar. Sie ist neu, spannend, innovativ.» Zum ersten Mal in der elfjährigen Geschichte der Messe war im Mythen-Forum kein einziger Platz mehr frei: 123 Aussteller und 15 Start-ups waren am Platz – Rekord. Weiter betonte Zibung die Wichtigkeit, sich laufend den neuen Gegebenheiten anzupassen. Organisiert hat die Messe Andy Weber, Geschäftsleiter Technologiezentrum Schwyz (TZS). Er machte auf den Zinno-Ideenscheck aufmerksam: Im Rahmen von «zentralschweiz innovativ» wird 2016 jeweils ein Scheck in der Höhe von 15 000 Franken vergeben. Damit soll eine Geschäftsidee bereits in einer frühen Phase gefördert werden.

Der Verein Netzwerk Arbeit, der von Ständerat Alex Kuprecht präsiert wird, vergab erstmals einen Preis für besondere Leistungen bei der Eingliederung von Menschen mit einer Beeinträchtigung. Dies einerseits der Eingliederung willen, andererseits um die verschuldete IV zu entlasten. Der Preis ging an die Einsiedler Kosmetikfirma «The Powder Company».

Moderates Bevölkerungswachstum

Die ständige Wohnbevölkerung im Kanton Schwyz betrug per Ende 2015 total 153 027 Personen. Das sind 836 Personen oder 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Laut Amt für Wirtschaft ist dies die tiefste Wachstumsrate seit 1996. Damals lag sie bei einem Plus von 0,4 Prozent. In den letzten zehn Jahren lag die Wachstumsrate nur zwei Mal unter 1,0 Prozent. Die grösste Zunahme zählten die Ausserschwyzer Gemeinden Lachen und Feusisberg mit je 2,5 Prozent. In Innerschwyz konnte erneut die Gemeinde Arth mit 244 Personen deutlich zulegen. Neben diesen drei Gemeinden wuchs auch Einsiedeln dank Bautätigkeit um 107 Personen. In zehn Gemeinden war die Bevölkerung im Jahr 2015 rückläufig. Die ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton hat um 224 Personen zugelegt, im Jahre 2014 lag das Wachstum bei 747 Personen. Der Ausländeranteil liegt bei knapp 20 Prozent. Überdurchschnittlich viele Ausländer leben in den Höfen, der March und im Bezirk Küssnacht. Nicht berücksichtigt in der Erhebung sind Personen im Asylprozess.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschenagentur (sda) zusammengestellt.



Nachhaltigi Energielösigä
dä nächstä Generationä z'liäb!

Energie effizient einsetzen und Kosten reduzieren

Einsparungen von über 625'000 Franken dank Betriebsoptimierungs-Contracting

Das Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz (EBS) bietet Betriebsoptimierungs-Contracting für Kunden mit jährlichen Energiekosten von mehr als 75'000 Franken an. Diese Dienstleistung steigert die Energie- und Ressourceneffizienz in Ihren Bauten beträchtlich. Bis heute wurden bei 24 Anlagen innerhalb von 6 Jahren total 1'436'000 Kilowattstunden Strom und 3'712'000 Kilowattstunden Wärme eingespart, was über 625'000 Franken Energiekosten entspricht. Die Massnahmen besitzen ein Pay-Back von nur zwei Jahren und das Kosten-/Nutzenverhältnis ist sehr gut. Sie tragen kein finanzielles Risiko und können Ihre Energiebeschaffungskosten merklich reduzieren.

Das EBS als Generalunternehmen für den Bau von Photovoltaikanlagen

Neu realisieren wir für Sie schlüsselfertige Photovoltaikanlagen und bieten Ihnen dabei alle Projektschritte aus einer Hand: Von der Vorabklärung, der Planung und dem Einholen der Bewilligungen über die Montage und Messung bis hin zur Inbetriebsetzung und Abnahme. Ebenfalls beraten wir Sie hinsichtlich Stromspeicher und Elektromobilität.

Ihr Energieprofi

Gerne unterstützen wir Sie als Energiedienstleister mit Beratungen, insbesondere zum Strom- und Wärmeverbrauch. Ausserdem helfen wir Unternehmen bei der freiwilligen Zielvereinbarung und beim Stromcheck. Energieeffizienzprojekte und Machbarkeitsstudien ergänzen das Angebot für Sie.

Zudem erhalten Sie bei der EBS-Gruppe aus einer Hand auch Erdgas sowie 100% erneuerbares Biogas, High-Speed-Internet, HDTV, Glasfaserverbindungen, Geomatik-Dienstleistungen, Installationen sowie Elektro-Sicherheitsberatungen.

Ihre Vorteile bei Betriebsoptimierungs-Contracting

- Das Contracting finanziert sich selber. Sie haben keine finanziellen Risiken, keine Investitionskosten und das Kapital bleibt frei für das Kerngeschäft.
- Sie profitieren während der Vertragsdauer von 20% der Einsparungen, nach 3-5 Jahren zu 100%.
- Für spätere Instandsetzungen und die Umstellung auf erneuerbare Energien stehen alle Daten zur Verfügung.
- Sie leisten einen Beitrag an Klimaschutz und Energiewende.



Einsparung durch einfache Massnahmen: EBS-Energieberater Stefan Gisler.

Kontaktieren Sie uns. Wir freuen uns, Sie zu beraten!

Telefon 041 819 69 11
E-Mail info@ebs-strom.ch

Die Schweiz vor wichtigen Weichenstellungen in der Europa-, Steuer- und Infrastrukturpolitik

Anlässlich der Jahresmedienkonferenz von *economiesuisse* hat Präsident Heinz Karrer die politischen Prioritäten des Wirtschaftsdachverbands für die kommenden Monate vorgestellt. Dazu zählen die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III ebenso wie die unternehmensfreundliche Ausgestaltung der «Energierstrategie 2050» und der Erhalt der bilateralen Abkommen mit der EU. Ausserdem hat *economiesuisse* einen umfassenden neuen Infrastrukturbericht veröffentlicht, der die Forderungen nach mehr Wettbewerb und Kostenwahrheit im Verkehr, bei der Post und in der Telekommunikation unterstreicht.

Trotz Frankenstärke und politischer Turbulenzen in Europa zog *economiesuisse*-Präsident Heinz Karrer ein positives Fazit der vergangenen zwölf Monate. Die Schweizer Wirtschaft habe den Schock der plötzlichen Frankenaufwertung zwar noch nicht ganz überwunden, die Herausforderung aber angepackt und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Für *economiesuisse* selbst sei 2015 ein erfolgreiches Jahr gewesen, insbesondere im Bereich der politischen Kampagnen: Die Abstimmungen über die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» und über die Erbschaftsteuer-Initiative wurden sehr klar im Sinne der Wirtschaft entschieden.

Für die Zukunft appellierte Karrer an die eidgenössischen Räte, den produzierenden Unternehmen im Rahmen der «Energierstrategie 2050» nicht übermässige Belastungen aufzubürden. Und er betonte: «Die Unternehmenssteuerreform III erachten wir als unabdingbar für den Standort

Schweiz.» Es gehe vor allem darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz als Ganzes zu erhalten – und nicht etwa um neue Privilegien für bestimmte Gruppen. Zudem kündigte der *economiesuisse*-Präsident an, die Wirtschaft werde die Initiativen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft» engagiert bekämpfen.

Betont wurde auch, dass der Verband sein Engagement in der Europapolitik 2016 verstärken werde. Über 50 Organisationen und 3300 Einzelpersonen würden sich bereits an der Kampagne «stark+vernetzt» beteiligen, die sich für eine konstruktive Europapolitik einsetzt. Sie soll weiter verstärkt und über die Social Media hinaus öffentlich sichtbar werden.

Die neue Stossrichtung des Bundesrats, die Zuwanderung aus den EU-/EFTA-Ländern künftig über eine Schutzklausel zu begrenzen, wird von *economiesuisse* begrüsst. Diese Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative werde dem Anspruch gerecht, die Wirtschaft mit einer Drosselung der Immigration nicht zu schädigen. Das entbinde den Staat und die Privatunternehmen aber nicht von der Verantwortung, das inländische Arbeitskräftepotenzial künftig noch besser auszuschöpfen.

Anlässlich der Medienkonferenz hat *economiesuisse* den Infrastrukturbericht 2016 vorgestellt: eine Gesamtschau über die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Elektrizität, Öl- und Gasversorgung, IT, Kommunikation, Verkehr und Postwesen. Wie Heinz Karrer betonte, handelt es sich dabei um einen zentralen Erfolgsfaktor des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Im internationalen Ver-

gleich stehe man weiterhin gut da, doch seien grosse Anstrengungen nötig, um diese Spitzenposition zu halten.

economiesuisse fordert erstens einen bedarfsgerechten Ausbau und eine intelligentere Nutzung der Kapazitäten. Zweitens brauche es – gerade bei der Mobilität – mehr Kostenwahrheit, damit Bau und Unterhalt der Infrastrukturen langfristig finanzierbar bleiben. Als dritte Forderung nannte Karrer eine Verbesserung der Koordination, sowohl zwischen den Ländern und den politischen Entscheidungsebenen, als auch zwischen den einzelnen Verkehrsträgern und im Hinblick auf die Raumplanung. Und viertens sei eine Belebung des Wettbewerbs nötig.

(*economiesuisse*)

Lohngleichheit: Glauben Sie nicht, dass Sie sich nichts vorzuwerfen haben

Pflicht zur Durchführung einer Lohnanalyse

Die Statistiken zur Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen scheinen die Hypothese von einer anhaltenden Diskriminierung zu belegen und dienen heute als Sprungbrett für diverse politische Forderungen in Richtung vermehrter Kontrollen der Lohnpraxis der Unternehmen. Das Centre Patronal hat sich mit diesen Fragen seit einiger Zeit befasst und letzten Dezember eine Publikation zum Thema herausgegeben... exakt in dem Moment, in dem der Bund ein konkretes Projekt zur Überarbeitung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz, GIG) in die Vernehmlassung gegeben hatte.

Kurz gefasst sieht das Gesetzgebungsprojekt vor, dass Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden verpflichtet würden, alle vier Jahre eine Lohnanalyse nach einer anerkannten Methode durchzuführen. Die Arbeitgeber müssten anschliessend diese Analysen durch eine externe Kontrollstelle überprüfen lassen. Die Kontrollstellen wären verpflichtet, der zuständigen Behörde säumige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu melden. In dieser Phase ist noch keine direkte Sanktion vorgesehen, aber die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wären gezwungen, den Mitarbeitenden die Ergebnisse der Analyse mitzuteilen – und die börsenkotierten Unternehmen müssten diese im Anhang zur Bilanz veröffentlichen. Falls die Analyse eine Diskriminierung ergibt, haben die Arbeitnehmenden und die Gewerkschaften die Möglichkeit, rechtliche Schritte einzuleiten.

Schwerwiegendere Konsequenzen als gedacht

Um seine Positionen zu belegen, hat das Centre Patronal eine Umfrage mit mehr als 600 Unternehmen durchgeführt. In ihren Antworten hat eine grosse Zahl unter ihnen angegeben, dass eine Pflicht zur Kontrolle zumindest akzeptabel wäre. Dieses Ergebnis ist der offiziellen Seite nicht entgangen: Wieso sind die Arbeitgeberverbände nicht für Kontrollen, wenn sich die Unternehmen nicht dagegen aussprechen?

In der Realität ist zu befürchten, dass sich die Arbeitgeber nicht über sämtliche Konsequenzen im Klaren sind. Die meisten sind überzeugt, eine ausgewogene Lohnpolitik zu betreiben. Aus diesem Grund fürchten sie die Kontrollen nicht. Aber was passiert, wenn die Kontrollen zum Schluss kommen, dass die Lohnpraxis des Unternehmens, selbst wenn sie das Geschlecht der Mitarbeitenden überhaupt nicht tangiert, sehr wohl diskriminierend ist?

Genau darin liegt das Problem. Das Gleichstellungsgesetz besagt, dass «Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund ihres Geschlechts weder direkt noch indirekt benachteiligt werden dürfen» (Art. 3 GIG). Unter dem Blickwinkel einer gleichmachenden Ideologie, welche hinter diesem Gesetz steht, können bei der Festlegung der Löhne einige objektive Kriterien als indirekt diskriminierend betrachtet werden, insbesondere nach dem ihnen zugewiesenen Gewicht, sofern sie eine Lohnungleichheit auf Kosten von Frauen zur Folge haben. Die Erwerbsquote, die Verfügbarkeit oder die Flexibilität könnten

daher zu diskriminierenden Kriterien werden.

Unerklärter Anteil der Lohnunterschiede nicht mehr als 8,7%

Man muss die Diskriminierung ins richtige Verhältnis setzen. Die Ziffer von 20%, wie sie häufig genannt wird, bringt die globale Ungleichheit der Einkommen zwischen Männern und Frauen zum Ausdruck, aber 60% dieser Unterschiede erklären sich durch objektiv anerkannte Kriterien (Alter, Dienstzeit, Ausbildung, etc.). Die nach den Statistiken des Bundes «unerklärte» Differenz beträgt daher nur 8,7%, und ein Teil dieser «unerklärten» Differenz resultiert noch aus objektiven Faktoren, welche von den Statistikern nicht erfasst werden (eine Differenz von 5% wird offiziell als akzeptabel und nicht diskriminierend angesehen). Man kann daran sehen, dass die tatsächliche Diskriminierung sich auf wenige Bereiche beschränkt. Das verstärkt die Überzeugung, dass die vom Bund vorgeschlagene Kontrollmaschinerie sich nicht damit begnügen wird, objektiv diskriminierende Praktiken zu verfolgen.

Das Projekt zur Änderung des Gleichstellungsgesetzes ist alles andere als harmlos.

(Centre Patronal)

Die leicht eingetrübte Konsumentenstimmung setzt sich fort

Im Januar 2016* verharrt die Konsumentenstimmung (Indexwert -14 Punkte) in der Schweiz unter dem langfristigen Durchschnitt (-9 Punkte). Das Vertrauen in die zukünftige Arbeitsmarktentwicklung hat sich etwas erholt, ist aber immer noch gedämpft. Die Erwartungen für die Preisentwicklung wurden erneut nach unten korrigiert.

Von den vier Fragen, die in die Berechnung des Schweizer Konsumentenstimmungsindex einfließen**, wurde insbesondere die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den kommenden zwölf Monaten mit +68 Punkten weniger pessimistisch eingeschätzt als im Oktober (+74 Punkte). Allerdings liegt der betreffende Subindex immer noch deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt (von +50 Punkten), was darauf hinweist, dass die Arbeitsmarktaussichten nach wie vor als eher eingetrübt empfunden werden. Die Erwartung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung liegt unverändert bei -16 Punkten und somit leicht unter dem langfristigen Durchschnitt von -10 Punkten. Nur unwesentlich verändert haben sich die Einschätzung zur zukünftigen finanziellen Lage der Haushalte (+1 Punkte nach -4 Punkten im Oktober) sowie die Wahrscheinlichkeit, in den kommenden zwölf Monaten Geld zu sparen (+28 Punkte nach +23 Punkten im Oktober).

Die Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung in den letzten 12 Monaten hat sich zwischen Oktober (-30 Punkte) und Januar (-35 Punkte) nicht wesentlich verändert (der langjährige Durchschnitt dieser Teilfrage beträgt -22 Punkte). Die Sicherheit der Arbeitsstellen wird auch relativ tief eingestuft (-82 Punkte nach -85 Punkten im Oktober, bei einem historischen

Mittelwert von -55 Punkten). Ihre finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten beurteilen die Haushalte mit -5 Punkten aber besser als im Oktober (-10 Punkte). Zudem glauben mehr Haushalte, dass momentan ein guter Zeitpunkt für grössere Anschaffungen ist: Der entsprechende Subindex ist von -5 auf +3 Punkte angestiegen.

Tief fallen die Einschätzungen zur vergangenen Preisentwicklung und insbesondere zu den zukünftigen Preiserwartungen aus. Die Beurteilung der Preisentwicklung in den letzten zwölf Monaten sank von +11 Punkten im Oktober auf -4 Punkte im Januar und liegt fast auf dem historischen Rekordtief (von -6 Punkten im Oktober 2011). Der Index für die erwartete Preisentwicklung in den kommenden 12 Monaten ist ebenfalls gesunken, von +36 Punkten im Oktober auf +16 Punkte im Januar.

** In den Monaten Januar, April, Juli und Oktober werden im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) ca. 1200 zufällig ausgewählte Haushalte nach ihrer subjektiven Einschätzung der Wirtschaftslage, ihrer persönlichen finanziellen Lage, der Preisentwicklung, der Sicherheit der Arbeitsplätze usw. befragt. Die Befragungen werden durch das Marktforschungsinstitut DemoScope durchgeführt.*

*** Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftsaussichten, der zukünftigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der erwarteten Entwicklung der finanziellen Situation des Haushalts, der Sparmöglichkeiten in den kommenden zwölf Monaten.*

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Januar 2016

Gemäss den Erhebungen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) waren Ende Januar 2016 163 644 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) eingeschrieben, 5015 mehr als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote stieg damit von 3,7% im Dezember 2015 auf 3,8% im Berichtsmonat. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 12 698 Personen (+8,4%).

Jugendarbeitslosigkeit im Januar 2016

Die Jugendarbeitslosigkeit (15- bis 24-Jährige) erhöhte sich um 558 Personen (+2,7%) auf 21 180. Im Vergleich zum Vorjahresmonat entspricht dies einem Anstieg um 1669 Personen (+8,6%).

Stellensuchende im Januar 2016

Insgesamt wurden 222 751 Stellensuchende registriert, 2542 mehr als im Vormonat. Gegenüber der Vorjahresperiode stieg diese Zahl damit um 16 613 Personen (+8,1%).

Gemeldete offene Stellen im Januar 2016

Die Zahl der bei den RAV gemeldeten offenen Stellen erhöhte sich um 1358 auf 9391 Stellen.

Abgerechnete Kurzarbeit im November 2015

Im November 2015 waren 6349 Personen von Kurzarbeit betroffen, 368 Personen mehr (+6,2%) als im Vormonat. Die Anzahl der betroffenen Betriebe erhöhte sich um 48 Einheiten (+8,5%) auf 611. Die ausgefallenen Arbeitsstunden nahmen um 14 554 (+4,0%) auf 374 726 Stunden zu. In der entsprechenden Vorjahresperiode (November 2014) waren 158 996 Ausfallstunden registriert worden, welche sich auf 2492 Personen in 222 Betrieben verteilt hatten.

Aussteuerungen im November 2015

Gemäss vorläufigen Angaben der Arbeitslosenversicherungskassen belief sich die Zahl der Personen, welche ihr Recht auf Arbeitslosenentschädigung im Verlauf des Monats November 2015 ausgeschöpft hatten, auf 2544 Personen.

Administrative Entlastung: KMU-Forum sieht zusätzlichen Handlungsbedarf

Das KMU-Forum hat dem Bundesrat seinen Tätigkeitsbericht 2012 2015 unterbreitet. Die Arbeiten des KMU-Forums haben in den letzten Jahren massgeblich dazu beigetragen, die administrative Belastung für Unternehmen zu senken oder ihre Zunahme durch neue Regulierungen zu bremsen. Dennoch sind die KMU der Ansicht, dass die Regulierungskosten angestiegen sind. Zahlreiche Massnahmen führten zwar zur Senkung dieser Kosten, gleichzeitig wurden aber viele neue Regulierungen verabschiedet. Deshalb sollte gemäss dem KMU-Forum die Schaffung von zusätzlichen Mechanismen zur Verringerung der Regulierungskosten geprüft werden.

Das KMU-Forum hat während der Amtsperiode 2012 2015 sehr erfolgreich gearbeitet. Die Erfolgsquote der von der Kommission abgegebenen Empfehlungen lag im Durchschnitt bei fast 70 Prozent. Die steigende Zahl der Stellungnahmen und die häufigen Kontakte mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung führten in den Bundesämtern allgemein zu einem stärkeren Bewusstsein für die Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die Bundesämter achten nun vermehrt auf die Regulierungskosten, die administrative Belastung und die KMU-Verträglichkeit. Insgesamt hat die Kommission 220 Empfehlungen zur Verminderung der administrativen Belastung und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU formuliert.

Die KMU sind jedoch der Ansicht, dass die Regulierungskosten in den letzten Jahren insgesamt zugenom-

men haben. Zwar führten zahlreiche Massnahmen zur Senkung dieser Kosten oder verhinderten zumindest eine weitere Zunahme. Gleichzeitig wurden aber zahlreiche neue Regulierungen verabschiedet, die die positiven Auswirkungen der eingeführten Entlastungsmassnahmen teilweise wieder zunichtemachen. Gemäss dem KMU-Forum lässt sich eine Trendwende nur durch eine Anpassung des Regulierungsprozesses und des institutionellen Rahmens erreichen. Die bisher ergriffenen Massnahmen und geschaffenen Instrumente können zurzeit weder die zunehmende Belastung senken noch die steigenden Regulierungskosten auf Bundesebene wirksam bremsen. Deshalb ist das KMU-Forum der Meinung, dass die Schaffung von neuen Mechanismen zur Verringerung der Regulierungskosten in der Schweiz geprüft werden sollte. So etwa die Einführung einer Regulierungsbremse oder die Einsetzung eines Kontrollorgans, wie es in mehreren anderen Ländern bereits existiert.

Am 25. November 2015 hat der Bundesrat acht Sitze innerhalb der Kommission neu besetzt. Die neuen Mitglieder sind: Daniela Biaggi (BE), Bettina Ernst (VD), René Hausammann (ZH), Silvan Hotz (ZG), Fabio Poma (TI), Andreas Ruch (UR), Urs Stoffel-Steiger (ZH) und Marianne Wüthrich Gross (SO). Sie stammen aus Wirtschaftsbranchen, die besonders unter der administrativen Belastung und den Regulierungskosten leiden. Da sie als Unternehmerinnen und Unternehmer oder Fachpersonen für Unternehmensgründungen über eine grosse praktische Erfahrung verfügen, kann die Kommission dank ihnen auf die Unterstützung

und die Kompetenzen von sehr qualifizierten Persönlichkeiten zählen. Des Weiteren hat der Bundesrat den Nationalrat Jean-François Rime und den Botschafter Eric Jakob als Co-Präsidenten bestätigt. Jean-François Rime ist Industrieunternehmer in Bulle und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV), des Dachverbandes der KMU. Eric Jakob ist Leiter der Direktion für Standortförderung im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

Das KMU-Forum ist eine ausserparlamentarische Expertenkommission, die 1998 ins Leben gerufen wurde. Seine Mitglieder sind mehrheitlich Unternehmerinnen und Unternehmer. Im Rahmen von Vernehmlassungen prüft das KMU-Forum die Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, die Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, und gibt Stellungnahmen aus Sicht der KMU ab. Die Kommission befasst sich ausserdem mit spezifischen Bereichen der bestehenden Regulierung und schlägt gegebenenfalls Vereinfachungen oder Alternativen vor. Da die Unternehmen von der Umsetzung eines grossen Teils der Regulierungen betroffen sind, ist es dem Bundesrat wichtig, dass alle möglichen Massnahmen getroffen werden, um die KMU vor einer Überlastung durch administrative Aufgaben zu schützen und ihnen so zusätzliche Kosten und Hindernisse bei der Unternehmensverwaltung zu ersparen.

(SECO)

Private Initiative für einen effizienten Güterverkehr

Innovation ist einer der grössten Trümpfe der Schweizer Wirtschaft. Angesichts der grossen Herausforderungen im Verkehrsbereich sind auch neue Ideen zur Sicherstellung einer effizienten Mobilität gefragt. Für den Güterverkehr könnte das Projekt «Cargo sous terrain» ab 2030 ein zentrales Element der Lösung sein. Mit der Schaffung eines neuen, unterirdischen Verkehrswegs sollen die knappen Schienen- und Strassenkapazitäten entlastet werden.

Die Weiterentwicklung der Strassen- und Schieneninfrastruktur vermag mit der wachsenden Mobilitätsnachfrage nicht mitzuhalten. Leidtragender dieser Entwicklung ist oft der Güterverkehr: Der Ausbau der Schieneninfrastruktur konzentriert sich auf die Bedürfnisse des Personenverkehrs. Und im Strassenverkehr hat der für die Versorgung des Landes nicht wegzudenkende Lastwagen in der öffentlichen Meinung ohnehin einen schweren Stand.

Die traditionelle Verkehrspolitik kommt an ihre Grenzen. Zum einen fehlt es an den finanziellen Mitteln, zum anderen erschweren die knappen Platzverhältnisse hierzulande die nachfragegerechte Weiterentwicklung der Infrastrukturen. In dieser Situation sind intelligente und innovative Ideen gefragt. Genau eine solche ist «Cargo sous terrain», eine private Initiative für die Realisierung eines unterirdischen Gütertransports.

Von der Wirtschaft, für die Wirtschaft

Die der Öffentlichkeit bereits vorgestellte Machbarkeitsstudie belegt die technische und wirtschaft-

liche Realisierbarkeit des Projekts, welches von einer Vielzahl an Firmen und Institutionen mitgetragen wird. Besonders erfreulich ist, dass das Grossprojekt privatwirtschaftlich finanziert werden kann. Dies dürfte eine wichtige Voraussetzung für die Realisierung von «Cargo sous terrain» sein, da der öffentlichen Hand für die Realisierung eines solchen Vorhabens nur beschränkt finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und die politischen Unwägbarkeiten dadurch minimiert werden.

Hinter «Cargo sous terrain» steckt die Idee, Industrie- und Logistikräume mit den grossen Agglomerationen unterirdisch zu verbinden. In einer ersten Etappe soll bis 2030 die Teilstrecke von Härkingen/Niederbipp bis Zürich in Betrieb genommen werden. Danach ist der schrittweise Aufbau eines gesamtschweizerischen Netzes geplant.

Auf die Marktbedürfnisse ausgerichtet

Die enge Abstimmung mit den potenziellen Nutzern des Systems – unter anderem mit dem Detailhandel und verschiedenen Logistikunternehmen – stellt die Ausrichtung des Projekts auf die Marktbedürfnisse sicher. Die Pläne sind vielversprechend und zukunfts-trächtig, es gilt aber auch noch einige Fragen zu klären. So muss die finanzielle Tragbarkeit des Projekts mittels Businessplan weiter erhärtet werden. Daneben wirft die Verlegung von Logistikinfrastrukturen in den Boden eine Reihe von rechtlichen Fragen auf. Schliesslich muss neben dem innovativen und kapazitätsentlastenden Distanztransport unter dem Boden auch eine effiziente Feinverteilung in den Wirtschafts- und Bevölkerungszentren im Nahverkehr gewährleistet werden.

Was Sie auch noch interessieren könnte: *economiesuisse* hat die Herausforderungen im Zusammenhang mit Güterverkehr und Raum 2015 in den beiden Publikationen «Güterverkehr und Logistik – Lösungsansätze der Wirtschaft für eine starke und vernetzte Schweiz» und «Wirtschaft und Raum» thematisiert und engagiert sich u.a. im Projekt «Logistikstandorte überkantonale Bedeutung» der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz und in der «Begleitgruppe zur Entwicklung des Schienengüterverkehrs» des BAV.

(*economiesuisse*)

Grosshandelspreise (Basis Dezember 2015 = 100)

Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2014	98,1	97,7	97,8	97,5	97,5	97,6	97,5	97,3	97,3	97,1	96,5	96,1
2015	95,5	94,2	94,4	92,4	91,6	91,6	91,3	90,7	90,6	90,8	91,2	90,8
2016	99,6											
¹	-5,3											

Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2014	98,8	98,6	98,6	98,4	98,4	98,5	98,3	98,1	98,1	98,1	97,4	97,2
2015	97,1	96,4	96,5	95,0	94,2	94,2	93,9	93,4	93,4	93,6	93,9	93,7
2016	99,9											

Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2014	96,6	95,9	96,0	95,5	95,7	95,7	95,8	95,7	95,5	95,2	94,6	93,7
2015	92,1	89,4	89,9	87,1	86,2	86,1	85,8	84,9	84,8	84,7	85,4	84,7
2016	99,2											

Konsumentenpreise (Basis Dezember 2015 = 100)

Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
2014	98,6	98,7	99,1	99,2	99,5	99,4	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	98,6
2015	98,2	97,9	98,2	98,1	98,3	98,4	97,8	97,6	97,7	97,8	97,7	97,3
2016	99,6											
¹	-1,3											

		2014 ²	2015 ²	2015						2016
				Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Monatsindex (Dezember 2010 = 100)										
Totalindex		99	97,9	97,8	97,6	97,7	97,8	97,7	97,3	99,6
Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	99,5	98,7	98,8	99,2	99,2	98,7	98,5	97,4	100,3
	Alkoholische Getränke und Tabak	104,4	104,4	104,8	104,5	104,5	104,3	104,4	103,4	100,4
	Bekleidung und Schuhe	84,5	84,7	80	79,9	84,1	88,7	88,1	87,4	92,2
	Wohnen und Energie	103,7	103,0	103,2	103,0	103,0	102,9	102,9	102,3	100,0
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	94,5	92,4	91,9	91,4	91,5	91,0	92,2	92,5	98,9
	Gesundheitspflege	98,1	97,7	97,8	97,5	97,5	97,5	97,5	97,5	100
	Verkehr	96,3	92,0	92,2	92,0	91,3	91,4	90,9	90,4	98,9
	Nachrichtenübermittlung	94,9	94,1	94,2	94,1	94,1	92,7	92,8	92,7	100
	Freizeit und Kultur	94,6	92,7	92,6	92,4	92,4	92,7	92,8	92,3	99,6
	Erziehung und Unterricht	105,4	106,7	106,3	106,3	107,3	107,3	107,3	107,3	100
	Restaurants und Hotels	103,7	103,7	103,7	103,5	103,3	103,1	102,7	102,8	101,2
	Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,3	99,5	99,4	99,1	99,3	99,3	99,3	99,3	98,8
Nach Herkunft und Art	Inlandgüter	101,3	101,4	101,4	101,4	101,3	101,2	101,0	100,9	100,1
	Auslandgüter	93	88,7	88,1	87,5	88	88,7	88,8	87,7	98,1
	Waren	94,8	91,9	91,4	91,1	91,4	91,7	91,8	90,9	98,9
	Dienstleistungen	102,1	102,3	102,3	102,3	102,2	102,2	102	101,9s	100,1

¹ Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

² Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

Abschied

Zwanzig Jahre sind genug. Dies war mir Richtlinie für den Rücktritt aus dem Regierungsgremium.

Wer so viele Jahre ein Unternehmen führte, der weiss, dass ein solcher Entscheid nicht leicht zu fällen ist. Dies ist auch bei mir nicht anders. Dabei darf ich auf eine durchaus erfolgreiche Tätigkeit in der obersten Führungsetage des Kantons Schwyz zurückblicken. Acht Jahre davon im Erziehungswesen und zwölf Jahre als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements. Und in dieser langen Zeit hat sich der Kanton Schwyz wahrlich stark verändert. Dies nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich, bevölkerungsmässig sowie in Bezug auf die Raumordnung.

Lassen Sie mich dazu ein paar eindrückliche Vergleichszahlen zwischen 1995 und 2015 nennen: So ist die Bevölkerung von 122'000 auf über 153'000 Personen gewachsen. Im Durchschnitt wurde sie nicht nur älter, sondern vor allem wohlhabender. Zeigte die Steuerstatistik zu Beginn ein steuerbares Vermögen natürlicher Personen von 12 Milliarden Franken, so liegt es heute bei über 80 Milliarden. Eine eindrückliche Zunahme weist auch das Handelsregister auf. Die Anzahl eingetragener Firmen ist von 6'000 auf über 16'000 angestiegen. Alles überaus markante Zuwachsraten, die sich in jedem Geschäftsbericht eines Unternehmens sehen lassen dürften. Die entsprechenden gesellschaftlichen Problematiken auf das gewohnte Umfeld sind in der Folge jedoch nicht ausgeblieben und vielerorts spürbar.

Zugenommen hat auch die Last an neuen Gesetzen, Verordnungen und Reglementen. Diese Einschränkungen für private wie juristische Personen liessen auch mich nicht kalt, und wo immer möglich erlaubte ich mir, mich dagegen in Vernehmlassungen und beim Gesetzgebungsprozess im eigenen Kanton zu wehren. Der Erfolg in dieser Maschinerie durchzudringen ist allerdings mässig. Immerhin ist es mir gelungen, einige Gesetze, die sich als überholt zeigten, abzuschaffen. Ein wahrlich schwacher Trost.

Zahlreiche dieser neuen Regelungen würde ich, wie Sie wahrscheinlich auch, gar nicht brauchen. Teilweise stören sie mich aber auch nicht. Trotzdem wird wohl die Frage «wieviel Freiheit versus wieviel Sicherheit?» in nächster Zukunft immer wichtiger, wenn das Korsett von Vorschriften stets engmaschiger geschnürt wird. In diesem Geflecht von Vorschriften leben wir, und es ist meiner Meinung nach höchste Zeit sich zu fragen, wie diese Entwicklung einzudämmen ist. Die Antwort kann nur im Übernehmen von mehr Selbstverantwortung liegen. Augen und Ohren offen halten und mit Rücksicht handeln wäre ein geeigneter Leitgedanke.

Als Beispiel habe ich immer den Hauptplatz in Schwyz im Kopf. Hier laufen fünf Strassen aus allen Richtungen mit hohem Verkehrsaufkommen zusammen. Autos stehen auf Parkplätzen mit ständigen Ein- und Ausfahrten, Fussgänger überqueren den Platz in grosser Zahl, und trotzdem befinden sich dort weder Markierungen auf dem Boden noch stehen überall Ampeln oder Verkehrstafeln. Und dennoch: Ein Chaos bricht nicht aus und Verkehrsunfälle gibt es kaum. Im Gegenteil: Ein geordneter Ablauf hat sich eingespielt. Möglich ist dies nur, weil alle Teilnehmenden

vermehrt Rücksicht nehmen und jeder auf den andern achtet. Das Modell lässt sich wohl nicht überall und beliebig anwenden. Wenn aber statt Selbstverwirklichung und Individualität wieder mehr gegenseitige Achtung und Respekt einkehren, könnte der Vorschriftenkatalog wieder markant gekürzt werden.

So wünsche ich uns allen die nötige Einsicht und den Mut zur Selbstverantwortung und damit zu mehr Mündigkeit. Nur so lassen sich für alle Individuen wieder mehr Freiheit und gleichzeitig mehr Sicherheit gewinnen. Eine schönere «Win-win-Situation» gibt es wohl nicht.

Mit diesen Gedanken verabschiede ich mich bei allen Leserinnen und Lesern und bedanke mich bei den Verantwortlichen des H+I für die stets angenehme Zusammenarbeit während all der verflossenen Jahre. Es war mir stets eine Freude und Ehre, Gastautor in dieser Rubrik zu sein.

Kurt Zibung, Regierungsrat

**Diese Ausgabe wird gesponsert von
Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz,
Riedstrasse 17, 6431 Schwyz,
www.ebs-strom.ch**

Nr.	Datum	Sponsor			
472	25.06.2015	Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft, Schmiedgasse 30, 6430 Schwyz	482	26.05.2016	Reismühle Brunnen, Industriestrasse 1, 6440 Brunnen
473	27.08.2015	C. Vanoli Generalunternehmung AG, Artherstrasse 27, 6405 Immensee	483	23.06.2016	Hole Gasse AG, Artherstrasse 60, 6405 Immensee
474	24.09.2015	Fröhlich Architektur AG, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon	484	25.08.2016	Reichmuth & von Reding GmbH, Steinbislin 15, 6423 Seewen SZ
475	28.10.2015	Immobilien Liegenschaften AG, Kornhausstrasse 25, 8840 Einsiedeln	485	22.09.2016	Schwyz Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
476	26.11.2015	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	486	20.10.2016	
477	18.12.2015	CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- & Rechtsberatung, Herrengasse 14, 6430 Schwyz	487	24.11.2016	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
478	28.01.2016	Mattig-Suter und Partner, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6430 Schwyz			
479	25.02.2016	Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz, Riedstrasse 17, 6431 Schwyz			
480	24.03.2016	pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz			
481	21.04.2016	Acuitas AG, Breitenstrasse 39, 8852 Altendorf			